

sische Staatsangehörige können konsularische Funktionen für einen anderen Staat nur mit Sondergenehmigung der chinesischen Regierung wahrnehmen. Konsulate haben das Recht, ihre Flagge zu zeigen, sind grundsätzlich von Steuern und Abgaben befreit, sollen maximale Kommunikationsmöglichkeiten besitzen und dürfen mit Genehmigung der Regierung auch ihre eigenen Übertragungsanlagen installieren. Auch die Kuriere sind geschützt; Kurierbeutel können wieder an den Absender zurückgesandt werden, wenn der Verdacht besteht, daß sich in ihnen Gegenstände befinden, die mit der legitimen Zweckbestimmung nichts zu tun haben, z.B. Schmuggelgut oder Waffen. Das Amtsgelände darf von niemandem ohne Zustimmung des Konsulats betreten werden. Auch die Residenz der Konsuln und ihrer Familienangehörigen unterliegen einem besonderen Schutz. Konsuln können vor Gericht als Zeuge auftreten und können in Zivilrechtsfällen beklagt werden, z.B. im Hinblick auf Erbschaften oder Grundstücke in China. Hierfür gibt es keine besondere Immunität. Für Waffen muß von den chinesischen Behörden eine Sondergenehmigung eingeholt werden.

In § 7 wird ausdrücklich das Recht der Konsuln auf Bewegungsfreiheit und auf Reisen betont, es sei denn, daß Gebiete angesteuert werden, die von der chinesischen Regierung ausdrücklich tabuisiert worden sind.

Den Rechten stehen mehrere Pflichten gegenüber. Konsuln haben gem. § 24 die chinesischen Gesetze zu respektieren, dürfen sich nicht in Chinas innere Angelegenheiten einmischen und dürfen das Konsulatsgelände nicht für Zwecke benutzen, die mit konsularischen Funktionen unvereinbar sind. Außerdem dürfen sie keiner Berufstätigkeit nachgehen und schon gar keinen Handel auf chinesischem Gebiet treiben.

Gem. § 26 soll die chinesische Seite stets nach den Prinzipien der Gegenseitigkeit vorgehen und ausländischen Konsuln dieselben Sonderprivilegien einräumen, die vom Partnerland chinesischen Konsuln gewährt werden. (Der volle Wortlaut des Gesetzestextes ist abgedruckt in: XNA, SWB, 6.11.90.)
-we-

Innenpolitik

*(10)

Wichtigste innenpolitische Entwicklungen in der Volksrepublik China im Jahre 1990

Nach der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung des Jahres 1989 und unter dem Eindruck des Zusammenbruchs der sozialistischen Regime in Osteuropa bildete sich in der politischen Führung der Volksrepublik China eine Notgemeinschaft zur Wahrung der Macht und Pfründe der kommunistischen Elite. Ihr gehören sowohl konservative Reformkräfte (Wahlspruch 'Wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein!') als auch Sowjetmodell-Sanierer und orthodoxe Marxisten-Leninisten an. Diese konservativ-orthodoxe Koalition kann sich jedoch nur auf ein Minimalprogramm einigen, das sich im wesentlichen auf den Versuch beschränkt, mit Hilfe der Armee und anderer Sicherheitskräfte an der Macht zu bleiben und ihre Machtstellung mit Hilfe des Propagandaapparats zu legitimieren. Das heißt, auf politischem Gebiet besteht Einigkeit nur in der Frage der Erhöhung der Anstrengungen zur Wahrung der inneren Sicherheit und der Verstärkung orthodoxer kommunistischer Propaganda.

Völlig uneins waren sich die kommunistischen Machthaber in der endgültigen Behandlung des Ende Mai 1989 gestürzten früheren ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang, gegen den die parteiinternen "Untersuchungen" auch anderthalb Jahre nach seinem Sturz nicht abgeschlossen werden konnten. Große Uneinigkeit scheint nach wie vor auch in der Bewertung der Protestbewegung und ihrer Niederschlagung durch Armeeverbände zu bestehen. Dies wird allein an der unterschiedlichen Sprachregelung selbst innerhalb der Artikel des ZK-Organs *Volkszeitung* deutlich: Die Bezeichnungen reichen von "politischem Zwischenfall" (zhengzhi fengbo), über "Aufruhr" (dongluan) bis zu "konterrevolutionärer Rebellion" (fan-geming baoluan).

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet zeigte sich die politische Führung lediglich in der Bejahung der Fortset-

zung der außenwirtschaftlichen Öffnung einig. In der Frage der Wirtschaftsreform bestehen hingegen - trotz gegenteiliger verbaler Beteuerungen - weiterhin grundsätzliche programmatische Meinungsunterschiede sowie fundamentale Interessendivergenzen, so daß die konservativ-orthodoxe Koalition nicht in der Lage ist, eine konsequente Wirtschaftspolitik zu beschließen und zu verwirklichen. Im Verlauf des Jahres 1990 gelang es weder den orthodoxen Kräften, vollständig zur zentralstaatlichen Befehlsplanung zurückzukehren, noch konnten die marktwirtschaftlich orientierten Reformkräfte ihr Wirtschaftsreformkonzept wiederbeleben. So wird seit Herbst 1988 nach einem wirtschaftspolitischen Mischkonzept verfahren, in dem die zentrale Planung und das Staatseigentum eindeutige Priorität gegenüber marktwirtschaftlichen Elementen und Privateigentum haben sollen.

Allerdings treffen die Versuche der Rezentralisierung bürokratischer Entscheidungsbefugnisse über den wirtschaftlichen Sektor auf hartnäckigen Widerstand der Provinzbürokratien, die die Wirtschaftsreform für ihre eigenen Macht- und Pfründeinteressen ausgenutzt hatten. Die Provinzbürokratien waren z.B. dafür verantwortlich, daß die von den Reformkräften in der Zentrale geforderte Entbürokratisierung des betriebswirtschaftlichen Sektors anscheinend in den meisten Fällen in einer bloßen Dezentralisierung bürokratischer Entscheidungsbefugnisse über die Staatsbetriebe endete: Die zentrale Wirtschaftsbürokratie verlor an Macht, jedoch nicht zugunsten einer ursprünglich von den Reformkräften in der Zentrale beabsichtigten größeren Unabhängigkeit der Unternehmen, sondern zugunsten einer stärkeren Position der Wirtschaftsbürokratien auf Provinzebene.

So hat der Konflikt über die Wirtschaftsreform nicht nur einen politisch-programmatischen Hintergrund, sondern wird auch durch große Interessengegensätze zwischen der zentralen Bürokratie und den Provinzbürokratien noch erheblich kompliziert. Besonders kraß sind die Interessenkonflikte in der Frage der Verteilung der staatlichen Finanzmittel: Die im Prozeß der wirtschaftlichen Dezentralisierung ärmer gewordene Zentrale will vor allem die reichen Süd- und Ost-

provinzen zu mehr Abgaben an die Zentralregierung verpflichtet, was diese Provinzen jedoch zu verhindern versuchen.

Zwar hat der Sparkurs zu einer drastischen Verringerung der Inflationsrate geführt, doch gleichzeitig sank die Wirtschaftlichkeit und stieg die Verschuldung der staatlichen Unternehmen erheblich. Gegen Ende des Jahres wurden deshalb die Forderungen im Reformlager lauter, wieder mehr marktwirtschaftliche Reformen zuzulassen. Unterstützung fanden die Reformkräfte bei Deng Xiaoping, der sich ab August intern verstärkt dafür einsetzte, marktwirtschaftlich orientierte Reformen "schneller, besser und effektiver" zu verwirklichen. Trotzdem gelang es Deng Xiaoping bis Jahresende 1990 nicht, die wirtschaftspolitische Pattsituation innerhalb der politischen Elite eindeutig zugunsten der Reformkräfte zu verändern.

Die Repression von oppositionellen Kräften setzte sich auch 1990 fort. Zwar wurden Anfang des Jahres der Ausnahmezustand in Beijing aufgehoben und bis Anfang Juni insgesamt 881 verhaftete Teilnehmer der Protestbewegung wieder freigelassen, doch diese Maßnahmen hatten offensichtlich nur den Zweck, das westliche Ausland zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen zu veranlassen und den US-Kongreß zur Verlängerung der Anwendung der Meistbegünstigungsklausel für chinesische Exportwaren zu gewinnen. Nachdem diese Ziele erreicht waren, wurden - von wenigen Ausnahmen abgesehen - keine Oppositionellen mehr freigelassen. Nach wie vor werden Hunderte, wenn nicht gar Tausende von Demonstranten ohne Angaben von Gründen in Haft gehalten, und Prozesse sind nur in wenigen Einzelfällen bekanntgeworden.

Um den politischen Umschwung in die Orthodoxie abzusichern, wurden innerhalb der Führungsorgane von Partei und Armee umfangreiche personelle Veränderungen vorgenommen. Dies betraf vor allem den ideologisch-propagandistischen Bereich der KPCh sowie nahezu alle militärischen Führungsstäbe von der Zentrale bis auf Provinzebene. Auffällig war auch, daß seit Herbst 1989 allein in 13 von 30 Provinzen die Gouverneure ausgetauscht wurden - dagegen wurden 'nur' 8 ProvinzparteiSekretäre ausgewechselt.

Besonders umfangreich waren die personellen Veränderungen innerhalb der verschiedenen Führungsorgane der "Chinesischen Volksbefreiungsarmee". Weitgehend neu besetzt wurden die ZK-Militärkommission und die Führung der Bewaffneten Volkspolizei. In sechs von sieben Militärregionen wurde der Kommandeur ausgetauscht, in vier Militärregionen auch der Politikkommissar. Darüber hinaus wurden in mehr als der Hälfte der 30 Provinzmilitärbezirke der Kommandeur und der Politikkommissar ausgewechselt. Die Veränderungen unter den stellvertretenden Kommandeuren und stellvertretenden Politikkommissaren waren ebenfalls erheblich. Insgesamt gesehen scheinen die personellen Veränderungen im militärischen Bereich seit der Niederschlagung der Protestbewegung umfangreicher gewesen zu sein als die Säuberungen nach dem Sturz von Lin Biao im Jahre 1971. Auf jeden Fall sind sie ein eindeutiges Indiz für eine schwerwiegende politische Krise und Loyalitätsprobleme innerhalb der Armeeführungsstäbe.

Um ihr schlechtes Ansehen in der Bevölkerung aufzubessern, unternahm die politische Führung einige Versuche, der Korruption in den eigenen Reihen Grenzen zu setzen. Das gleiche Ziel hatten auch eine Anti-Kriminalitäts- und eine Anti-Pornographiekampagne. Eine gewisse Popularität dürfte auch die neuerliche Betonung des traditionell starken chinesischen Nationalismus ("Patriotismus") haben, der durch die überragenden Erfolge chinesischer Sportler bei den XI. Asienspielen einen weiteren Auftrieb bekam. Seitdem wird von den Medien nicht nur der "Geist" von Lei Feng und anderer sozialistischer Modellhelden propagiert, sondern auch der "Geist der Asienspiele", mit dem die sozialistisch-nationalistischen Ideale der Selbstlosigkeit, des harten Kampfes und der Ausdauer beim Aufbau des "sozialistischen Vaterlands" verknüpft werden. Da die politischen Führer die von ihnen verkündeten Verhaltensmaxime jedoch nur selten selbst befolgen, dürften ihre Appelle, angesichts der wirtschaftlichen Probleme den Gürtel enger zu schnallen, bei der Bevölkerung nur auf sehr begrenzten Erfolg stoßen.

*(11)

7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh

Die 7. Plenartagung des XIII. Zentralkomitees der KPCh fand vom 25. bis 30. Dezember 1990 in Beijing statt. An der Plenartagung nahmen teil:

- 171 von 175 ZK-Mitgliedern,
- 107 von 108 ZK-Kandidaten,
- 161 Mitglieder der Zentralen Beraterkommission
- 67 Mitglieder der Zentralen Disziplinungskontrollkommission und
- 78 nicht näher bezeichnete Führungskader.

Das Zentralkomitee beschäftigte sich ausschließlich mit der künftigen Wirtschaftspolitik und verabschiedete hierzu "Vorschläge des ZK der KPCh zur Ausarbeitung des Zehnjahrplans und des 8. Fünfjahrplans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung". Diese "Vorschläge" wurden nicht veröffentlicht, und das Kommuniqué der 7. Plenartagung enthielt lediglich eine sehr allgemein gehaltene Zusammenfassung dieses für die nächsten zehn Jahre richtungsweisenden Dokuments. Danach gliedern sich die "Vorschläge" in sieben Teile, darunter

- schwerpunktmäßig auszubauende Industrien und Standortverteilung,
- Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung und Vervollständigung der sozialen Absicherung,
- Richtung, Aufgaben und Maßnahmen zur Vertiefung der Reform der Wirtschaftsstruktur sowie
- weitere Ausdehnung der Öffnung nach außen.

Interessanterweise nimmt das Kommuniqué an keiner Stelle ausdrücklich Bezug auf die 5. Plenartagung von Anfang November 1989, auf der der "Beschluß des ZK der KPCh über die weitere Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Vertiefung der Reform" gefaßt worden war. Dieser Beschluß sah eine wirtschaftliche Rezentralisierung und eine planwirtschaftlich orientierte Sanierung der Wirtschaft vor (siehe C.a., Februar 1990, S. 143-157). Inhaltlich freilich entspricht das Kommuniqué der 7. Plenartagung im wesentlichen dem Sanierungsbeschluß der 5. Plenartagung. So soll an dem wirtschaftspolitischen Mischkonzept festgehalten

werden, das Elemente sowohl der sozialistischen als auch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung enthält, wobei das Gemeineigentum und die Planwirtschaft die dominierende Rolle spielen sollen: Laut Kommuniqué sollen nämlich "eine Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsmechanismen errichtet werden, die die Planwirtschaft mit der Regulierung durch den Markt verbinden und die der Entwicklung der auf dem Gemeineigentum basierenden geplanten sozialistischen Warenwirtschaft entsprechen". Die künftigen Wirtschaftsreformen, über die im Kommuniqué keine konkreten Aussagen gemacht wurden, sollen der Errichtung dieser "neuen Wirtschaftsstruktur" dienen.

Auch gesellschaftspolitisch hält die KPCh an einem Mischkonzept fest, nämlich von partiell marktwirtschaftlich orientierter "Reform und Öffnung" auf der einen Seite und politischer Diktatur auf der anderen Seite. Das ZK beschwor den "Sozialismus chinesischer Prägung" und die "Vier Grundprinzipien", an denen unbedingt festgehalten werden müsse, d.h. festhalten am sozialistischen Weg, festhalten an der "demokratischen Diktatur des Volkes", festhalten an der Führung durch die Kommunistische Partei sowie festhalten am Marxismus-Leninismus und an den Mao-Zedong-Ideen. In diesem Zusammenhang forderte das ZK die Weiterentwicklung der sozialistischen Kultur und Moral unter Anleitung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, eine unermüdliche Erziehung im Geist des Festhaltens an den Vier Grundprinzipien sowie einen beharrlichen Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung". Die Erziehung der Menschen zu Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus müsse vertieft werden. (RMRB, 31.12.90)

Die 7. Plenartagung war mehrere Wochen verschoben worden, weil die beiden Wirtschaftspläne heftig umstritten waren. Dabei ging es nicht nur um programmatische Fragen, wie die Dauer des Sanierungsprogramms und die Wiederaufnahme der Wirtschaftsreformen, sondern auch und anscheinend vor allem um den Verteilungsschlüssel für die staatlichen Finanzmittel der Zentrale und der Provinzen. Angesichts drastisch sinkender Einnahmen hatte die Zentralregierung offenbar versucht, den Verteilungsschlüssel zu ihren Gunsten zu verän-

dern. Dies soll auf erbitterten Widerstand der reichen Provinzen im Süden und Osten getroffen sein. Aus dem Kommuniqué der 7. Plenartagung geht nicht hervor, ob und wie dieser Streit beigelegt wurde.

Wie führende Parteivertreter bereits längere Zeit vor der 7. Plenartagung mehrfach angekündigt hatten, wurden auf der ZK-Tagung keine Personalbeschlüsse gefaßt. Damit bleiben die früher von Hu Yaobang und Zhao Ziyang im Politbüro eingenommenen zwei Plätze unbesetzt, und auch die parteioffizielle 'endgültige' Behandlung des Falls Zhao Ziyang steht weiterhin aus-

*(12)

Gesetz über die Regularisierung völkerrechtlicher Vereinbarungen

Am 31. August 1990 erließ der VII. NVK bei seiner 15. Sitzung ein Gesetz über das Verfahren beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge. Hauptzweck dieser Regelung ist es, die Zuständigkeit der einzelnen am Verfahren beteiligten chinesischen Organe genau festzulegen. In den 22 Paragraphen werden deshalb u.a. die Zuständigkeiten des Staatsrats, des Außenministeriums und weiterer Abteilungen sowie das Zustimmungsverfahren geregelt. Außerdem werden die Verfahren bei Abschluß völkerrechtlicher Querverbindungen und beim Erlaß interner Bestimmungen miteinander harmonisiert (XNA, 31.8.90). Das Gesetz sei so bedeutsam, heißt es in einer Erläuterung, weil der Abschluß von völkerrechtlichen Abmachungen ein wichtiger Teil der chinesischen Souveränität sei. -we-

*(13)

Ungewöhnliche Würdigung von Mao und den Mao-Zedong-Ideen in der "Volkszeitung"

Am 26. Dezember 1990 wäre Mao Zedong 97 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß druckte das ZK-Organ *Volkszeitung* an diesem Tag sage und schreibe 13 Artikel und Meldungen über Mao und die Mao-Zedong-Ideen sowie ein Photo von ihm ab. Seit vielen Jahren hatte die *Volkszeitung* diesem Ereignis keine große Aufmerksamkeit geschenkt. Selbst nach dem politischen Umschwung im Gefolge der blutigen

Niederschlagung der Protestbewegung Anfang Juni 1989 war es ruhig um Mao geblieben: Anlässlich der 96. Wiederkehr seines Geburtstags am 26.12.1989 hatte das ZK-Organ lediglich eine knappe Meldung über das Erscheinen eines Buches über Maos Kalligraphiekünste veröffentlicht (RMRB, 26.12.89, S. 3) und am folgenden Tag kurz über Gedenkveranstaltungen in Beijing und Changsha berichtet (RMRB, 27.12.89, S. 1). Statt über Mao zu berichten, hatte die *Volkszeitung* am 26.12.1989 sogar einen Artikel über die Äußerungen von Deng Xiaoping zu Literatur und Kunst abgedruckt (RMRB, 26.12.89, S. 6).

Die Ausgabe der *Volkszeitung* vom 26.12.1990 liest sich dagegen wie ein Kontrastprogramm zu den entsprechenden Ausgaben der vergangenen Jahre. Dieses Jahr auch kein Artikel über Deng Xiaoping zu Maos Geburtstag, sondern erst am folgenden Tag ein großes Photo mit kurzer Meldung über Dengs ersten öffentlichen Auftritt seit dem 3. Juli 1990 anlässlich der Volkskongreßwahlen im Beijinger West-Bezirk just am 26.12.1990.

Zur Ausgabe der *Volkszeitung* vom 26.12.1990:

- Auf Seite 1 oben rechts an prominenter Stelle in Form eines Kommentars ein Glückwunschsreiben des 82jährigen Bo Yibo (stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission) an eine wissenschaftliche Konferenz über Theorie und Praxis der Mao-Zedong-Ideen vom 19.10.1990, Titel: "Die Mao-Zedong-Ideen erforschen und propagieren". In seiner Grußadresse betont Bo Yibo, daß die fast 70jährige Geschichte der KPCh die Notwendigkeit des Festhaltens an den Mao-Zedong-Ideen bewiesen habe. Deshalb sei ihre Erforschung und Propagierung eine langfristige und wichtige Arbeit. Die wichtigsten Prinzipien der Mao-Zedong-Ideen seien: Die Wahrheit in den Tatsachen suchen, in allem von der Praxis ausgehen, und die Theorie mit der Praxis verbinden. An diesen Prinzipien müsse unbedingt festgehalten werden. Beim Aufbau eines Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten sei es von zentraler Bedeutung, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen mit der Praxis der sozialistischen Modernisierung Chinas zu verbinden. Neben der

Bereicherung und Entwicklung des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen mit der Praxis der sozialistischen Modernisierung Chinas bedürfe es jedoch auch der theoretischen Zusammenfassung und einer Verbesserung der Theorie. Doch mit der theoretischen Zusammenfassung und Systematisierung der neuen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau sei es "äußerst schwach" bestellt (shifen boruo), beklagte Bo Yibo. Auf diesem Gebiet müßten die Theoretiker große Anstrengungen unternehmen, um die weitere Entwicklung der sozialistischen Modernisierung auch in Zukunft anleiten zu können.

- Direkt unter der Grußadresse von Bo Yibo ein Bericht aus Maos Geburtsort Shaoshan in der Provinz Hunan: 1990 werden über 900.000 Menschen Shaoshan besucht haben, mehr als in jedem der vorangegangenen neun Jahre. Mehr als die Hälfte der Besucher waren Jugendliche, Schüler und Studenten. Über 300 Journalisten von mehr als 40 Zeitungen und Zeitschriften besuchten 1990 Shaoshan. In dem Bericht wird ein Besucher aus der Provinz Jiangxi mit folgenden Worten zitiert: "Ich habe im realen Leben erfahren, daß wir die Mao-Zedong-Ideen nicht aufgeben und die revolutionären Traditionen nicht vergessen dürfen."

- Ebenfalls auf Seite 1 eine Meldung über die Veröffentlichung der Broschüre "Rückblick auf die Darlegungen Mao Zedongs über die Verhütung der friedlichen Evolution". In der Broschüre werden die entsprechenden Ausführungen Maos vor dem Hintergrund der Protestbewegung 1989 ("Aufruhr und konterrevolutionäre Rebellion"), der politischen Veränderungen in Osteuropa und der Geschichte der Volksrepublik China analysiert. Dabei werden nicht nur die theoretischen Beiträge Maos positiv gewürdigt, sondern auch seine "Fehler" (cuowu) und deren schädliche Einflüsse angesprochen.

- Auf Seite 4 oben ein Photo, das Mao Zedong u.a. mit den Autoren Tian Han und Lao She zeigt, die beide während der Kulturrevolution den Tod fanden. Ebenfalls auf Seite 4 drei kurze Berichte über verschiedene Veranstaltungen zum Gedenken an den 97. Geburtstag von Mao, darunter zwei Musikveranstaltungen.

- Seite 5 steht ganz unter dem Motto "An den Mao-Zedong-Ideen festhalten und sie weiterentwickeln" und enthält sechs Artikel und eine Meldung, die alle diesem Thema gewidmet sind. Der mit Abstand interessanteste Artikel stammt aus der Feder von Su Houzhong, einem Professor an der Parteischule des Beijinger Stadtpartei-Komitees. Unter dem Titel "Die Mao-Zedong-Ideen sind eine geistige Waffe für die sozialistische Reform" äußert Su u.a. Ansichten, die von der parteioffiziellen Einschätzung Maos von Juni 1981 abweichen und auf eine positivere Bewertung Maos hinauslaufen. So schreibt Su nicht - wie seit 1981 alle offiziellen Darstellungen - von schwerwiegenden "Fehlern" (cuowu) Maos in seinen letzten Lebensjahren, sondern lediglich von schwerwiegenden "Versäumnissen" (shiwu). Der Autor vertritt die Ansicht, daß "es selbst in den letzten Lebensjahren des Genossen Mao Zedong in seiner Theorie und Praxis des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft auch noch nicht wenige korrekte Dinge gegeben hat. Was seine Versäumnisse auf dem Gebiet des Wirtschaftsaufbaus angeht, so müssen einige von ihnen doch aus einem historischen Blickwinkel betrachtet werden, und nicht wenige zählen zur Kategorie der Irrtümer, die bei Untersuchungen gemacht werden." Offensichtlich ist Su Houzhong der Ansicht, daß die meisten wirtschaftspolitischen "Versäumnisse" Maos nicht auf einer fehlerhaften oder falschen politischen Linie beruhten, d.h. nicht zur Kategorie der politischen Fehler zu rechnen sind. Die Auffassung von Su, daß die Wirtschaftspolitik der Spät-Mao-Ära "nicht wenige korrekte Dinge" enthalten habe, läßt sich nicht vereinbaren mit den Positionen marktwirtschaftlich orientierter Reformkräfte.

Am 27. Dezember veröffentlichte die *Volkszeitung* nur einen kleinen Bericht auf Seite 1 über den Besuch des Mao-Mausoleums am 26.12.1990. Danach sollen sich an diesem Tag mehrere zehntausend Menschen vor den sterblichen Überresten verneigt und "den außergewöhnlichen Verdiensten des großartigen Führers (weida lingxiu)" gedacht haben. Unter den Besuchern befanden sich auch Mao Zedongs Familienangehörige. Hierzu berichtete die Hongkonger Zeitung *Da Gong Bao* ergänzend, daß es sich dabei um seinen Sohn Mao Anqing und seine beiden Töchter Li Min und Li Na gehan-

delt habe. Auch Maos Enkelkinder seien dabei gewesen, und zwar Mao Xinyu (Sohn von Mao Anqing), Kong Jining (Sohn von Li Min), Kong Dongmei (Tochter von Li Min) und Wang Xiaozhi (Sohn von Li Na) (DGB, 28.12.90, nach SWB, 1.1.91). Seit seiner Eröffnung ist das Mao-Mausoleum von 63 Millionen Menschen besucht worden, darunter 1,8 Millionen Ausländer (RMRB, 27.12.90). -sch-

*(14)

Kommunistischer Jugendverband wechselt 32 ZK-Mitglieder aus

Die politischen Säuberungen im Gefolge der Niederschlagung der Protestbewegung im Sommer 1989 haben nun auch das Führungsgremium des Kommunistischen Jugendverbands (KJV) erreicht: Auf der 3. Plenartagung des XII. ZK des KJV, die vom 10. bis 14. Dezember 1990 in Beijing stattfand, wurden 32 bisherige ZK-Mitglieder aus dem 171köpfigen Zentralkomitee entfernt und durch neue Mitglieder ersetzt (Xinhua, chin., 14.12.90, nach SWB, 18.12.90; vgl. RMRB, 15.12.90). Damit wurden knapp 20 Prozent der Mitglieder des formal höchsten Führungsgremiums der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Chinas ausgewechselt. Diese Zahl ist ein Indiz für die politischen Loyalitätsprobleme der konservativ-orthodoxen Koalition selbst innerhalb des eigenen Apparats. In normalen Zeiten obliegt es dem nationalen Kongreß des KJV, eine derart große Anzahl von ZK-Mitgliedern auszutauschen. -sch-

*(15)

5. Kommuniqué zur vierten Volkszählung

Nachdem das Staatliche Statistikamt der VR China zwischen dem 30. Oktober und dem 20. November mit jeweils einwöchigem Abstand vier Kommuniqués über verschiedene Aspekte der vierten Volkszählung veröffentlicht hatte (vgl. dazu C.a. 1990/11, S.837-843), folgte einen Monat nach dem 4. Kommuniqué, also mit dreiwöchiger Verspätung, ein 5. Kommuniqué. Gegenstand dieses am 18. Dezember 1990 bekanntgegebenen Dokumentes (vgl. RMRB 19.12.90) ist die Aufschlüsselung der Bevölkerung nach ständigem und vorübergehendem Wohnsitz. In

einer Aufstellung mit den absoluten Bevölkerungszahlen für die einzelnen Provinzen werden vier Kategorien von Bevölkerungsgruppen aufgeführt, nämlich 1. die Zahl der Einwohner mit ständigem Wohnsitz in ihrem jeweiligen Kreis/Stadt; 2. die Zahl derjenigen Einwohner, die außerhalb ihres eigenen Kreises/Stadt wohnen und ihren ständigen Wohnort schon vor über einem Jahr verlassen haben; 3. die Einwohnerzahl, deren ständiger Wohnsitz noch geklärt werden muß; 4. die Zahl derjenigen Einwohner, die im Ausland arbeiten oder studieren und derzeit keinen ständigen Wohnsitz in China haben.

Als Anhang wird eine Tabelle gebracht, in der die Bevölkerungsanteile von insgesamt fünf Kategorien, aufgeschlüsselt nach Provinzen, angeführt werden. Es handelt sich dabei um folgende Kategorien: 1. der Anteil der Einwohner mit ständigem Wohnsitz in ihrem jeweiligen Kreis/Stadt; 2. der Anteil der Einwohner, die seit mehr als einem Jahr ständig in einem bestimmten Kreis/Stadt leben, deren Haushalt sich aber in einem anderen Kreis/Stadt befindet; 3. der Anteil derjenigen Einwohner, die weniger als ein Jahr in einem bestimmten Kreis/Stadt wohnen, ihren gemeldeten ständigen Wohnsitz aber schon vor über einem Jahr verlassen haben; 4. der Einwohneranteil, dessen ständiger Wohnsitz noch geklärt werden muß; 5. der Anteil derjenigen Einwohner, die im Ausland arbeiten oder studieren und derzeit keinen ständigen Wohnsitz in China haben.

In insgesamt fünf Provinzen beträgt der Anteil der nicht an ihrem angestammten ständigen Wohnsitz lebenden Bevölkerung über 5 Prozent, nämlich in:

Guangdong	6,06 Prozent
Beijing	6,02 Prozent
Qinghai	5,28 Prozent
Heilongjiang	5,24 Prozent
Shanghai	5,02 Prozent

In den Erläuterungen heißt es, daß im Vergleich zum 3.Zensus der Anteil derjenigen Einwohner, bei denen ständiger Wohnsitz und gemeldeter Wohnsitz nicht übereinstimmen, in allen Provinzeinheiten zugenommen hat, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Am stärksten soll er in den vergangenen acht Jahren in Guangdong, Bei-

jing, Guangxi, Hainan, Jiangsu, Sichuan, Hunan, Shanxi, Fujian und Ningxia angestiegen sein.

Die Daten machen deutlich, daß die räumliche Mobilität der Bevölkerung Chinas im Vergleich zum 3.Zensus 1982 größer geworden ist. Betrug der Anteil der ständig an einem Wohnort gemeldeten und lebenden Einwohner vor acht Jahren noch 98,86 Prozent der Gesamtbevölkerung, so ist dieser Anteil 1990 auf 97,37 Prozent gesunken. Laut Erläuterung zu diesem Dokument bedeutet dies, daß der Anteil derjenigen Einwohner, deren ständiger Wohnsitz nicht mit dem gemeldeten Wohnsitz übereinstimmt, in den vergangenen acht Jahren von 1,13 auf 2,61 Prozent (nicht mitgerechnet die 0,02 Prozent der Gesamtbevölkerung, die sich im Ausland aufhalten) angestiegen ist. Der Anteil der nicht in seinem Heimatkreis/Heimatstadt wohnhaften Bevölkerung hat sich in diesem Zeitraum also mehr als verdoppelt. Der größte Teil davon dürfte auf das Konto der in den letzten Jahren stark angewachsenen Wanderbevölkerung gehen, die ein brisantes bevölkerungspolitisches Problem darstellt, weil die Wanderbevölkerung dazu tendiert, sich der behördlichen Kontrolle zu entziehen, der Staat die Kontrolle aber verschärfen möchte, um illegale Wanderungen zu verhindern. Man kann nur vermuten, daß der Anteil der Wanderbevölkerung in Wirklichkeit höher liegt, als man offiziell zugeben möchte. Möglicherweise ist in dieser Problematik auch der Grund für die verspätete Veröffentlichung dieses Dokuments zu suchen.

Eine genaue Bestimmung des Anteils der Wanderbevölkerung ist nicht möglich, weil die fünf in der Tabelle genannten Bevölkerungskategorien zwar die Wanderbevölkerung enthalten, aber diese nicht als eigene Kategorie aufgeführt ist. Die Wanderbevölkerung kann sowohl in Kategorie 2 als auch in Kategorie 3 als auch in Kategorie 4 enthalten sein; wahrscheinlich ist sie in allen dreien enthalten. Mit Sicherheit aber sind in jeder dieser drei Kategorien auch Bevölkerungsteile erfaßt, die nicht zur Wanderbevölkerung zählen, also z.B. Leute, die von der Zentral- oder Provinzregierung zeitweise auf einen Arbeitsplatz in entfernten Provinzen versetzt wurden. Da die Wanderbevölkerung ein brisantes Problem ist, hat man vermutlich darauf verzich-

tet, sie extra zu nennen, um über ihr Ausmaß Unklarheit bestehen zu lassen.

In ganz anderem Zusammenhang sind allerdings einen Tag vor Herausgabe des Kommuniqués doch von offizieller Seite Angaben über die Wanderbevölkerung bekannt geworden. Auf einer Pressekonferenz über Familienplanung sprach die Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission, Peng Peiyun, die Problematik der Wanderbevölkerung in bezug auf die Familienplanung an und bezifferte dabei die Wanderbevölkerung (*liudong renkou*) auf 70 Millionen (RMRB, 18.12.90). Diese Zahl gibt zumindest einen Anhaltspunkt, dürfte in Wahrheit aber wohl höher liegen. Damit würde die Wanderbevölkerung einen Anteil von 6-7 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Aufschlußreich ist schließlich noch der Anteil der im Ausland Arbeitenden oder Studierenden. Wie zu erwarten, liegt er am höchsten in Shanghai (0,50 Prozent) und Beijing (0,45 Prozent). Zahlreiche Provinzeinheiten weisen hier einen Anteil von 0,00 Prozent auf, nämlich Hebei, Shanxi, Jiangxi, Shandong, Henan, Hunan, Guangxi, Guizhou, Yunnan, Tibet und Gansu, d.h. in diesen Provinzen ist der Anteil der im Ausland Wohnhaften so gering, daß er rechnerisch nicht ins Gewicht fällt. -st-

*(16)

Familienplanung: Maßnahmen und Probleme

Auf einer Pressekonferenz mit in- und ausländischen Journalisten beantwortete Peng Peiyun, Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung, aktuelle Fragen zur Bevölkerungspolitik (vgl. RMRB und XNA, 18.12.90). Zunächst würdigte Frau Peng den Erfolg der Familienplanung im vergangenen Jahrzehnt. Während in den siebziger Jahren noch 62,2 Prozent der Frauen auf dem Lande drei und mehr Kinder geboren hätten, sei dieser Anteil bis 1989 auf 18 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum habe sich die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von 4,01 auf 2,42 verringert (XNA, 18.12.90). Trotz dieser Erfolge erwarte man für die neunziger Jahre wegen des starken Anstiegs jüngerer Frauen im gebärfähigen Alter einen weiteren großen Bevölkerungsschub.

Bis 1996 rechne man in China mit einer jährlichen Geburtenziffer von durchschnittlich 17 Millionen. Dies mache es außerordentlich schwer, das Ziel, die Bevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts nicht über 1,2 Milliarden wachsen zu lassen, zu erreichen. Man werde sich jedoch bemühen, die erwartete durchschnittliche Kinderzahl pro Frau von derzeit 2,35 bis zum Jahr 2000 auf 2,0 zu senken.

Spätheirat und Verhütung stellen Frau Peng zufolge nach wie vor die Hauptmethoden der Geburtenregelung dar. Nur wenn Verhütungsmaßnahmen erfolglos seien, würde auch zum Mittel der Abtreibung gegriffen. Pro Jahr würde es zu 10 Millionen Abtreibungen kommen, das entspreche in etwa dem Weltmaßstab. Wenn die Verhütung in China nicht an erster Stelle stünde, würde die Zahl der Abtreibungen weit höher liegen. Gegenwärtig ergriffen rund 75 Prozent aller verheirateten Frauen Verhütungsmaßnahmen (RMRB, 18.12.90). Auf die Frage, ob auch Zwang ausgeübt würde, gab die Ministerin zur Antwort, die chinesische Regierung "fordere" die freiwillige Befolgung der Familienplanungsvorschriften. Man wisse aber, daß in einigen Gebieten auch Zwang ausgeübt werde. Die Regierung bemühe sich, die Familienplanungsarbeiter zu mehr Verantwortungsbewußtsein zu bringen (XNA, 18.12.90).

Eine weitere Frage war die nach den Kontrollmethoden bei der Wanderbevölkerung. Frau Peng gab zu, daß diese Bevölkerungsgruppe ein schwaches Glied in der Familienplanung bedeute, weil deren Verhütungsgrad verhältnismäßig niedrig sei und die Wanderbevölkerung schwer zu kontrollieren sei. Sie bezifferte die Zahl der Wanderbevölkerung auf etwa 70 Millionen und die Zahl derjenigen, die ihren Haushalt seit mehr als einem Jahr verlassen haben, auf 21 Millionen. Diese Leute seien hauptsächlich Arbeiter oder Händler. Die Provinz Henan habe ihre Kontrollmaßnahmen über die Wanderbevölkerung verstärkt; dies sei außerordentlich wichtig und würde von der Regierung unterstützt. (RMRB, 18.12.90)

Auch das Problem der Altersversorgung wurde angesprochen. Diese steht in engem Zusammenhang mit der Familienplanung, weil die fehlende Altersversorgung auf dem Lande dort die

Akzeptanz der Geburtenplanung verringert. Die Ministerin bestätigte, daß eine Regelung dieses Problems im Gange sei; insbesondere habe man vor, ein Rentensystem aufzubauen (ebd.). Tatsächlich mehrten sich Berichte, daß einzelne Kreise dabei sind, eine Altersrente für Ein-Kind-Familien einzuführen. Ein Beispiel ist der Kreis Shunyi im Stadtstaat Beijing. Dort wurde eine Stiftung gegründet, in der Eltern von Einzelkindern Mitglied werden können. Sie zahlen jährlich 300 - 910 Yuan ein und erhalten dann nach Vollendung des 60. Lebensjahres eine Rente von monatlich 100 Yuan. Bei dieser Regelung wird ein Drittel bis die Hälfte des Geldes von den Mitgliedern erhoben, der Rest wird vom Kreis beigesteuert (vgl. XNA, 19.12.90).

Schließlich wurde noch die Frage gestellt, warum China immer noch nicht ein seit Jahren angekündigtes nationales Gesetz zur Familienplanung erlassen habe. Frau Peng erläuterte, daß 26 Provinzen für ihr Gebiet gesetzliche Bestimmungen zur Geburtenregelung erlassen hätten; Beijing und Yunnan stünden kurz vor Erlass solcher Verordnungen. Lediglich Tibet und Xinjiang hätten noch keine solche Verordnung. Seit den siebziger Jahren habe man wirksame Kontrollmethoden und eine Politik entwickelt, die den örtlichen Gegebenheiten entsprächen, nützlich für die Entwicklung der Arbeit seien und die erforderliche Stabilität bei der Durchführung der Arbeit gewährleisten. Deshalb habe man beschlossen, vorerst kein nationales Gesetz zu erlassen (RMRB, 18.12.90). Mit dieser Politik, den Provinzen größtmögliche Selbständigkeit bei der Durchsetzung der Familienplanung zu gewähren, will die Regierung offenbar den Widerstand gegen die Familienplanung, der regional sehr unterschiedlich und besonders in den Minderheitegebieten sehr groß ist, in Grenzen halten, d.h. sie gestattet gewisse regionale Abweichungen von der Norm, um Unruhen zu verhindern. -st-

Kultur

*(17)

Nationale Religionskonferenz

Vom 5.-9. Dezember 1990 fand in Beijing eine mehrtägige, vom Staatsrat einberufene nationale Religionskonfe-

renz statt (RMRB, 6.12.90 und 10.12.90). Offiziell sollte die Konferenz die staatliche Religionspolitik bekräftigen, die Arbeit auf diesem Gebiet mit der anderer Bereiche koordinieren und die Stabilität und Einheit des chinesischen Volkes fördern. Tatsächlich aber scheint es hauptsächlich um die Probleme gegangen zu sein, die die großen Religionsgemeinschaften in jüngster Zeit aufwerfen, auch wenn darüber offiziell nichts verlautete. Zu denken ist vor allem an die religiös motivierten Unruhen unter der islamischen Bevölkerung Xinjiangs im Frühjahr und Sommer 1990 und an den immer wieder aufflammenden Widerstand der lamaistischen Mönche in Tibet, aber auch an die Untergrundaktivitäten katholischer Christen und die Resonanz, die der Protestantismus unter chinesischen Studenten und Intellektuellen findet.

Am ersten Tag der Konferenz sprach Ministerpräsident Li Peng zu den Teilnehmern (vgl. RMRB, 6.12.90), die größtenteils hochrangige Provinzfürher waren. Alle Kräfte Chinas, so sagte er, müßten gegenwärtig auf die wirtschaftliche Entwicklung konzentriert werden, und dazu seien Stabilität und Einheit notwendige Voraussetzungen. Es komme darauf an, gute Arbeit auf dem Gebiet der Religion zu leisten und die religiösen Probleme zweckmäßig zu regeln. Dies sei wichtig für die Stabilität des Staates und die Einheit der Nationalitäten, für die Bewahrung des Weltfriedens und die Verwirklichung des Zieles der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den neunziger Jahren. Er machte deutlich, daß die patriotischen (d.h. staatsstreuen) Kirchen ebenso wie "reguläre" religiöse Aktivitäten vom Staat unterstützt würden, und hob positiv hervor, daß die patriotischen religiösen Führer und die Masse der Gläubigen aller Nationalitäten die Politik der Partei unterstützten. Zugleich rief er dazu auf, daß in Gebieten, wo die Mehrzahl der Bevölkerung keiner Religion anhängt, die Rechte der gläubigen Minderheit geachtet und umgekehrt in Gebieten, wo die Mehrzahl der Bevölkerung religiös ist, die Rechte der nichtgläubigen Minderheit gewahrt werden. Das heißt, zwischen Gläubigen und Nichtgläubigen soll Einheit bestehen.

Li Peng sprach auch das Problem religiöser Beziehungen zum Ausland an, die von offizieller Seite mit Argwohn